Bundesgesetzblatt ¹²⁷³

Teil II

Z 1998 A

1993

Ausgegeben zu Bonn am 28. August 1993

Nr. 30

Tag	Inhalt	Seite
20. 7. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses	1274
20. 7. 93	Bekanntmachung des deutsch-venezolanischen Rahmenabkommens über Technische Zusammenarbeit	1275
27. 7. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums	1278
28. 7. 93	Bekanntmachung des deutsch-srilankischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1279
29. 7. 93	Bekanntmachung des Abkommens zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Komitee zur Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke beim Ministerrat der Republik Bulgarien über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz	1281
30. 7. 93	Bekanntmachung der Vereinbarung zur Änderung des deutsch-tscharischen Wirtschaftsabkommens	1283
30. 7. 93	Bekanntmachung des deutsch-algerischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1284
30. 7. 93	Bekanntmachung des deutsch-marokkanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit 1992	1286
6. 8. 93	Bekanntmachung zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife nach dem Internationalen Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL)	1288

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes Teil II ist für Abonnenten die Zeitliche Übersicht über die Veröffentlichungen im ersten Halbjahr 1993 beigelegt.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen
über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses**

Vom 20. Juli 1993

Das Europäische Übereinkommen vom 20. Mai 1980 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (BGBl. 1990 II S. 206, 220) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für

Griechenland

am 1. Juli 1993

nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalte

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

«Conformément à l'article 27 de la Convention, la Grèce déclare:

„Nach Artikel 27 des Übereinkommens erklärt Griechenland,

a) qu'elle fait usage de la possibilité prévue par l'article 6 paragraphe 3 de la Convention d'exclure les communications rédigées en langue française ou anglaise ou accompagnées d'une traduction dans une de ces deux langues,

a) daß es von der in Artikel 6 Absatz 3 des Übereinkommens vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch macht, Mitteilungen auszuschließen, die in französischer oder englischer Sprache abgefaßt oder von einer Übersetzung in eine dieser Sprachen begleitet sind,

b) que conformément à l'article 17 paragraphe premier de la Convention, dans les cas des articles 8 et 9, la reconnaissance et l'exécution des décisions relatives à la garde pourront être refusées pour les motifs prévus à l'article 10 de la Convention.»

b) daß nach Artikel 17 Absatz 1 des Übereinkommens in den von den Artikeln 8 und 9 erfaßten Fällen die Anerkennung und Vollstreckung von Sorgerechtsentscheidungen aus den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Gründen versagt werden kann.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Oktober 1991 (BGBl. II S. 1076).

Bonn, den 20. Juli 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
des deutsch-venezolanischen Rahmenabkommens
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 20. Juli 1993

Das in Caracas am 18. Dezember 1991 unterzeichnete Rahmenabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Venezuela über Technische Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 12

am 24. November 1992

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Juli 1993

**Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger**

**Rahmenabkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Venezuela
über Technische Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Venezuela –

in dem Wunsch, die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern zu vertiefen,

unter Berücksichtigung der Prinzipien der Souveränität und des gegenseitigen Nutzens der beiden Staaten,

in Anbetracht des gemeinsamen Interesses an der Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und technischen Fortschritts ihrer Länder –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten zur Förderung der wirtschaftlichen, technischen und sozialen Entwicklung ihrer Völker im gegenseitigen Einvernehmen zusammen.

(2) Dieses Abkommen beschreibt die Rahmenbedingungen der Technischen Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien. Für die Programme und Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit, auf die sich dieses Rahmenabkommen bezieht, können besondere Vereinbarungen durch die Vertragsparteien geschlossen werden. Dabei bleibt jede Vertragspartei für die Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit in ihrem Land selbst verantwortlich. In den besonderen Vereinbarungen werden die gemeinsamen Ziele solcher Programme und Vorhaben, der zeitliche Ablauf, die Leistungen jeder Vertragspartei, die Aufgaben und die organisatorische Stellung der Beteiligten sowie Art und Umfang der jeweiligen Finanzierung festgelegt.

(3) In Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften jedes Landes sind die mit der Technischen Zusammenarbeit beauftragten Behörden zuständig für die Koordinierung der in diesem Artikel vorgesehenen Programme und Vorhaben. Auf seiten der Bundesrepublik Deutschland übernimmt diese Aufgabe das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), auf seiten der Republik Venezuela das Zentralamt für Planung und Koordinierung (CORDIPLAN).

Die genannten Behörden überprüfen die Erfüllung der in den Programmen und Vorhaben festgelegten Aufgaben und führen, wenn sie es für notwendig erachten, Arbeitsbesprechungen durch, um die Durchführung der Arbeiten zu überprüfen und um neue Themen oder Bereiche der Zusammenarbeit abzustimmen.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens kann die Technische Zusammenarbeit folgende Bereiche umfassen:

- a) Gemeinsame oder koordinierte Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Aus- und Fortbildungsprogrammen und -leistungen sowie Beratungsmaßnahmen in der Republik Venezuela;
- b) Erstellung von Gutachten und Planungsstudien zur Vorbereitung der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben, die die Regierung der Republik Venezuela durchzuführen beabsichtigt;
- c) Aufbau und Entwicklung von Forschungsinstitutionen, Fortbildungszentren und Pilotvorhaben;
- d) Abhaltung von Seminaren und Vorträgen und Austausch von Information und Dokumentation sowie
- e) andere Arten der Technischen Zusammenarbeit, auf die sich die Vertragsparteien einigen.

Artikel 3

Die Förderung der in Artikel 2 vorgesehenen Technischen Zusammenarbeit kann erfolgen:

- a) durch Entsendung von Fachkräften wie Beratern, Ausbildern, Gutachtern, Sachverständigen, wissenschaftlichem und technischem Personal und Projektassistenten. Das gesamte im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsandte Personal wird im folgenden als „entsandte Fachkräfte“ bezeichnet;
- b) durch Lieferung von Material und Ausrüstung, im folgenden als „Material“ bezeichnet, das für die Durchführung der Programme und Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit notwendig ist;
- c) durch Aus- und Fortbildung von venezolanischem Fach- und Führungspersonal und von Wissenschaftlern in der Republik Venezuela, in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern;
- d) in anderer geeigneter Weise.

Artikel 4

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernimmt für die von ihr geförderten Vorhaben die Kosten für folgende Leistungen, soweit für die jeweiligen Programme und Vorhaben nicht etwas Abweichendes vorgesehen ist:

- a) Vergütungen für die entsandten Fachkräfte;
- b) Unterbringung der entsandten Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen;
- c) Dienstreisen der entsandten Fachkräfte;
- d) Beschaffung des in Artikel 3 Buchstabe b genannten Materials;
- e) Transport und Versicherung des in Artikel 3 Buchstabe b genannten Materials bis zum Standort des Vorhabens. Hier-von ausgenommen sind die in Artikel 7 Buchstabe b genannten Abgaben und Lagergebühren;
- f) Aus- und Fortbildung von venezolanischem Fach- und Führungspersonal und von Wissenschaftlern entsprechend den jeweils geltenden deutschen Richtlinien.

Artikel 5

Soweit für die Programme und Vorhaben nichts anderes vereinbart ist, geht das im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Vorhaben gelieferte Material nach Eintreffen in dem Hoheitsgebiet der Republik Venezuela in das Eigentum der Republik Venezuela über. Dieses Material steht jedoch den geförderten Vorhaben und den entsandten Fachkräften für die Erfüllung ihrer Aufgaben uneingeschränkt zur Verfügung.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet die Regierung der Republik Venezuela darüber, welche Organisationen oder Institutionen sie mit der Durchführung der Kooperationsaktivitäten im Zusammenhang mit den jeweiligen Vorhaben beauftragt. Die beauftragten Organisationen oder Institutionen werden im folgenden „beauftragte Institution“ genannt.

Es handelt sich dabei insbesondere um:

- die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Eschborn
- die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Hannover
- die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), Braunschweig
- die Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG), Köln, und die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE), Bonn/Berlin, für Aus- und Bildungsmaßnahmen.

Diese beauftragten Institutionen können ihrerseits die Durchführung bestimmter Aufgaben Consultingunternehmen oder anderen Auftragnehmern übertragen.

Artikel 7

Die Regierung der Republik Venezuela verpflichtet sich, unter Einschaltung der Institutionen, die die Programme und Vorhaben durchführen,

- a) auf ihre Kosten für die Vorhaben die erforderlichen Grundstücke und Gebäude einschließlich Einrichtung (Mobiliar und Ausstattung) in der Republik Venezuela zur Verfügung zu stellen, soweit nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland diese Einrichtungen liefert;
- b) das im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Vorhaben gelieferte Material von Lizenzen, Haf-, Ein- und Ausfuhr-, Lager- und sonstigen öffentlichen Abgaben und Gebühren zu befreien und sicherzustellen, daß das Material unverzüglich entzollt wird.

Die vorstehenden Befreiungen gelten auf Antrag der beauftragten Institutionen auch für in der Republik Venezuela beschafftes Material;

- c) die Betriebs- und Instandhaltungskosten für die Vorhaben zu übernehmen;
- d) auf ihre Kosten das venezolanische Fach- und Hilfspersonal gemäß dem für jedes Vorhaben und Programm festzulegenden Zeitplan zur Verfügung zu stellen;
- e) dafür zu sorgen, daß die Aufgaben der entsandten Fachkräfte so bald wie möglich durch venezolanische Fachkräfte fortgeführt werden. Soweit diese Fachkräfte im Rahmen dieses Abkommens in der Republik Venezuela, in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern aus- oder fortgebildet werden, benennt sie rechtzeitig über die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Caracas oder die von dieser benannten Fachkräfte genügend Bewerber für diese Aus- und Fortbildung. Sie benennt nur solche Bewerber, die sich ihr gegenüber verpflichtet haben, nach Rückkehr mindestens fünf Jahre in dem jeweiligen Vorhaben zu arbeiten;
- f) die Zeugnisse, die venezolanische Staatsangehörige nach ihrer Teilnahme an den in diesem Abkommen vorgesehenen Aus- und Fortbildungskursen erhalten haben, entsprechend dem fachlichen Niveau anzuerkennen;
- g) den entsandten Fachkräften jede Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewähren und ihnen alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Artikel 8

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, daß die entsandten Fachkräfte sich verpflichten,

- a) nach besten Kräften zur Erreichung der in Artikel 55 der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Ziele beizutragen;
- b) sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Republik Venezuela einzumischen;
- c) die venezolanischen Gesetze sowie die Sitten und Gebräuche des Landes zu achten;
- d) keine andere wirtschaftliche Tätigkeit als diejenige auszuüben, mit der sie beauftragt sind;
- e) mit den beauftragten venezolanischen Institutionen harmonisch zusammenzuarbeiten.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, daß vor Entsendung jeder Fachkraft die Zustimmung der Regierung der Republik Venezuela eingeholt wird. Die beauftragte Institution bittet die Regierung der Republik Venezuela unter Übersendung des Lebenslaufs der ausgewählten Fachkraft um ihre Zustimmung zur Entsendung. Hat die Regierung der Republik

Venezuela innerhalb eines Zeitraums von zwei Monaten keinen Einwand erheben, gilt dies als Zustimmung.

(3) Wünscht die Regierung der Republik Venezuela die Abberufung einer entsandten Fachkraft, so wird sie rechtzeitig einen Antrag an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland richten und die Gründe für ihren Wunsch darlegen. In gleicher Weise wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Venezuela rechtzeitig von der Abberufung einer entsandten Fachkraft durch die deutsche Seite in Kenntnis setzen.

Artikel 9

(1) Die Regierung der Republik Venezuela sorgt für den Schutz der Person und des Eigentums der im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsandten Fachkräfte und der zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder. Hierzu gehört insbesondere folgendes:

a) Die Regierung der Republik Venezuela gewährleistet, daß weder die Fachkräfte noch die Teilnehmer von Fachkräftemissionen noch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland für etwaige Ansprüche zur Verantwortung gezogen werden, die sich aus der Erfüllung ihrer Aufgaben ergeben könnten, sofern die beiden Regierungen nicht vereinbaren, daß solche Ansprüche sich auf grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten der Fachkräfte der Angehörigen der Missionen gründen.

Die Fachkräfte und Teilnehmer von Fachkräftemissionen genießen Immunität in allen Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Äußerungen oder Handlungen, die diese in Erfüllung ihrer Aufgaben vornehmen.

- b) Sie befreit die in Satz 1 genannten Personen von jeder Festnahme oder Haft in bezug auf Handlungen oder Unterlassungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung einer ihnen nach diesem Abkommen übertragenen Aufgabe stehen.
- c) Sie gewährt den Fachkräften und ihren Familienangehörigen während der Dauer ihrer Tätigkeit die jederzeitige ungehinderte Ein- und Ausreise sowie das Aufenthaltsrecht in der Republik Venezuela und befreit sie von der Eintragung ins Ausländerverzeichnis und von Konsulargebühren.
- d) Sie stellt den Fachkräften und ihren Familienangehörigen Ausweise aus, in denen auf den besonderen Schutz und die Unterstützung hingewiesen wird, die die Regierung der Republik Venezuela ihnen gewährt, um sicherzustellen, daß die zuständigen Stellen die für die Ausübung der Aufgaben der Fachkräfte notwendigen Vorteile und Erleichterungen einräumen.

(2) Die Regierung der Republik Venezuela

- a) befreit die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragten Fachkräfte und Firmen von der Einkommensteuer und von jeglichen Abgaben auf oder in Verbindung mit den ihnen aus Mitteln der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Vergütungen und Zulagen;
- b) befreit die Fachkräfte und ihre Familienangehörigen bei ihrer Niederlassung sowohl von Einfuhrlicenzen als auch von Konsulargebühren Zöllen, internen Steuern und allen anderen ähnlichen Abgaben im Zusammenhang mit der Einfuhr von

– persönlichem Gepäck der Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen;

– persönlicher Habe, Möbeln, Medikamenten und anderen Verbrauchsgütern, die für den Gebrauch der Fachkräfte und ihrer Familienangehörigen in der Republik Venezuela eingeführt werden und

– einem Fahrzeug je Fachkraft für den privaten Gebrauch. Die Genehmigung zur Einfuhr von Fahrzeugen erteilt das Finanzministerium der Republik Venezuela auf Antrag der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland. Die Veräußerung des Fahrzeugs unterliegt den venezolanischen innerstaatlichen Rechtsvorschriften für Diplomaten, die bei der Regierung der Republik Venezuela akkreditiert sind;

c) ergreift die notwendigen Maßnahmen, um die Erfüllung der Aufgaben der Fachkräfte zu erleichtern;

d) räumt den Fachkräften und ihren Familienangehörigen Vorrechte, Befreiungen und Vorteile ein, die nicht geringer sind als die, die den Bediensteten der internationalen Organisationen eingeräumt werden, die ähnliche Aufgaben in der Republik Venezuela erfüllen.

(3) Die venezolanischen Fachkräfte genießen lediglich folgende Vorrechte:

– Befreiung von der Einkommensteuer für Gehälter, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezahlt werden

– Immunität von der Gerichtsbarkeit im Zusammenhang mit Handlungen, die sie in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommen haben, einschließlich mündlicher oder schriftlicher Äußerungen.

Artikel 10

Dieses Abkommen gilt auch für die bereits begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit der Vertragsparteien.

Artikel 11

Alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Vertragsparteien aus der Interpretation oder Anwendung dieses Abkommens ergeben, sind mittels Verhandlungen auf diplomatischem Wege beizulegen.

Artikel 12

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem Datum des Inkrafttretens. Seine Geltungsdauer verlängert sich um jeweils ein Jahr, wobei es jederzeit von einer der Vertragsparteien mit einer Frist von mindestens neunzig Tagen vor Ablauf der Geltungsdauer gekündigt werden kann.

(3) Die Kündigung oder Beendigung dieses Abkommens berührt nicht die Abwicklung von laufenden Programmen und Vorhaben, die in Anwendung dieses Abkommens vereinbart worden sind. Somit gelten seine Bestimmungen für die bis zu diesem Zeitpunkt begonnenen Programme und Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit weiter.

Geschehen zu Caracas am 18. Dezember 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Karl Heinz Neukirchen

Für die Regierung der Republik Venezuela
Armando Durán

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Pariser Verbandsübereinkunft
zum Schutz des gewerblichen Eigentums**

Vom 27. Juli 1993

I.

Die Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung (BGBl. 1970 II S. 293, 391; 1984 II S. 799) wird nach ihrem Artikel 21 Abs. 3 für

Lettland am 7. September 1993
in Kraft treten.

II.

Die Republik Moldau hat dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 3. Juni 1993 die Weiteranwendung der Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 13. Oktober 1970 (BGBl. II S. 1073) und vom 14. Mai 1993 (BGBl. II S. 903).

Bonn, den 27. Juli 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
des deutsch-srilankischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 28. Juli 1993

Das in Colombo am 29. Juni 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7

am 29. Juni 1993

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Juli 1993

**Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Selbsthilfeeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik
Sri Lanka –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokrati-
schen Sozialistischen Republik Sri Lanka,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka beizu-
tragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es
der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri

Lanka, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main,
für das in Artikel 2 Absatz 1 genannte Vorhaben einen Finanzie-
rungsbeitrag bis zu insgesamt 10 000 000,- DM (in Worten: zehn
Millionen Deutsche Mark) für selbsthilfeeorientierte Maßnahmen
zur Armutsbekämpfung zu erhalten.

Artikel 2

(1) Der Finanzierungsbeitrag nach Artikel 1 wird für ein Sektor-
programm „Flüchtlingshilfe“ verwendet.

(2) Der Finanzierungsbeitrag wird gewährt, wenn nach Prüfung
die Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist,
daß das Vorhaben als selbsthilfeeorientierte Maßnahme zur Ar-
mutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förde-
rung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(3) Kann bei dem Vorhaben die im Absatz 2 genannte Bestäti-
gung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepu-
blik Deutschland der Regierung der Demokratischen Sozialisti-
schen Republik Sri Lanka, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau,
Frankfurt am Main, für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorge-
nannten Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(4) Das Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regie-
rung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der
Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka durch andere
Vorhaben ersetzt werden.

(5) Wird das Vorhaben durch Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder durch selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung ersetzt, die die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen, kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

Artikel 3

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 4

Die Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 3 genannten Finanzierungsvertrags in der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka erhoben werden.

Artikel 5

Die Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die Genehmigungen für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 3 genannte Vertrag.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Colombo am 29. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Klaus M. Franke

Für die Regierung
der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka
R. Paskaralingam

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen
dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Komitee zur Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke
beim Ministerrat der Republik Bulgarien
über Fragen gemeinsamen Interesses
im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz**

Vom 29. Juli 1993

Das in Sofia am 26. März 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Komitee zur Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke beim Ministerrat der Republik Bulgarien über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz ist nach seinem Artikel 8

am 28. Juni 1993

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 29. Juli 1993

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Im Auftrag
Dr. Hohlefelder

**Abkommen
zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Komitee zur Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke
beim Ministerrat der Republik Bulgarien
über Fragen gemeinsamen Interesses
im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz**

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland

und

das Komitee zur Nutzung der Atomenergie
für friedliche Zwecke der Republik Bulgarien –

in dem Bewußtsein, daß der allgemeine und frühzeitige Informations- und Erfahrungsaustausch über kerntechnische Sicherheit und Strahlenschutz insbesondere zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung beider Staaten beiträgt,

in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation,

in Anwendung des in Wien unterzeichneten Übereinkommens vom 26. September 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen (im folgenden „Übereinkommen“ genannt) –

sind wie folgt übereingekommen:

Geltungsbereich

Artikel 1

Dieses Abkommen gilt für Kernanlagen und Tätigkeiten; darunter sind zu verstehen:

- a) Kernreaktoren,
- b) Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs,
- c) Anlagen zur Behandlung radioaktiver Abfälle,
- d) Beförderung und Lagerung von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Abfällen,
- e) Herstellung, Verwendung, Lagerung, Beseitigung und Beförderung von Radioisotopen.

Frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen**Artikel 2**

(1) Die Vertragsparteien benachrichtigen und informieren sich unverzüglich auf direktem Wege über Unfälle nach Artikel 1 des Übereinkommens.

(2) Die Information erfolgt auf direktem Wege nach den Bestimmungen des Artikels 5 des Übereinkommens. Hierzu geben die Vertragsparteien einander die für die Benachrichtigung zuständigen Stellen bekannt.

Artikel 3

Die Vertragsparteien benachrichtigen sich auf gleichem Wege über von ihnen gemessene ungewöhnliche erhöhte Werte der Radioaktivität in anderen als in Artikel 1 des Übereinkommens genannten Fällen.

Informations- und Erfahrungsaustausch**Artikel 4**

(1) Die Vertragsparteien unterrichten einander periodisch über die allgemeine Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie und über ihre Rechtsvorschriften zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen und zum Strahlenschutz des Personals, der Bevölkerung und der Umwelt.

(2) Die Vertragsparteien unterrichten einander über Erfahrungen beim Bau und Betrieb ihrer kerntechnischen Anlagen sowie über Maßnahmen zur Begrenzung der Freisetzung radioaktiver Stoffe und zum Strahlenschutz des Personals, der Bevölkerung und der Umwelt.

(3) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird sich auf Wunsch im Rahmen der nach innerstaatlichem Recht bestehenden Möglichkeiten bemühen, unter Beiziehung deutscher Beratungs- und Gutachterorganisationen Unterstützung in sicherheitstechnischen Fragen zu gewähren.

Artikel 5

Der Inhalt fachbezogener Gespräche zwischen den Vertragsparteien sowie die gemäß Artikel 4 übermittelten Informationen

und ausgetauschten Unterlagen können ohne Einschränkung genutzt werden, sofern sie nicht von einer Vertragspartei ausdrücklich als vertraulich bezeichnet worden sind. Eine Weitergabe vertraulicher Informationen oder Unterlagen an Dritte darf nur im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen.

Artikel 6

(1) Jede Vertragspartei benennt einen Koordinator. Der Austausch aller im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 4 dieses Abkommens zu übermittelnden Unterlagen und Informationen erfolgt über die Koordinatoren, soweit im Einzelfall kein anderer Informationsweg in Betracht kommt.

(2) Bei Bedarf können gemeinsame Sitzungen und Tagungen durch die beiden Koordinatoren veranlaßt werden.

Artikel 7

Für die Kosten, die durch den Informations- und Erfahrungsaustausch verursacht werden, machen die Vertragsparteien keine Erstattungsansprüche geltend. Falls die Beschaffung von Unterlagen mit erheblichen Kosten verbunden ist und die ersuchte Vertragspartei dies vorher mitteilt, hat die ersuchende Vertragspartei diese nach vorheriger Absprache zu tragen.

Allgemeine Bestimmung**Artikel 8**

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird für unbegrenzte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt werden.

(3) Dieses Abkommen tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Übereinkommen für eine der Vertragsparteien außer Kraft tritt.

Geschehen zu Sofia am 26. März 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Klaus Gast

Für das Komitee zur Nutzung der Atomenergie
für friedliche Zwecke
beim Ministerrat der Republik Bulgarien
Yanko Yanev

**Bekanntmachung
der Vereinbarung zur Änderung
des deutsch-tscharischen Wirtschaftsabkommens
Vom 30. Juli 1993**

In N'Djamena ist durch Notenwechsel vom 18. November 1991/11. Januar 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tschad eine Vereinbarung zur Änderung des Wirtschaftsabkommens vom 31. Mai 1963 (Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 35/63 vom 18. Oktober 1963, BAnz. Nr. 224 vom 3. Dezember 1963) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist

am 11. Januar 1992

in Kraft getreten. Die einleitende deutsche Note der Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 30. Juli 1993

Bundesministerium für Wirtschaft
Im Auftrag
Dr. Schomerus

Der Botschafter
Der Bundesrepublik Deutschland

N'Djamena, den 18. November 1991

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung zur Änderung des deutsch-tscharischen Wirtschaftsabkommens vorzuschlagen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Tschad kommen überein, die Artikel 2 und 6 des Wirtschaftsabkommens vom 31. Mai 1963 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tschad zu streichen. Im übrigen bleibt das Wirtschaftsabkommen unverändert gültig.

Falls sich die Regierung der Republik Tschad mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwort in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Seiner Exzellenz
Herrn Soungui Ahmed
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Tschad
N'Djamena

**Bekanntmachung
des deutsch-algerischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 30. Juli 1993

Das in Algier am 8. Dezember 1991 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 8. Dezember 1991

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 30. Juli 1993

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien
über Finanzielle Zusammenarbeit (Warenhilfe II)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Demokratischen Volksrepublik Algerien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Banque Algérienne de Développement von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Trans-

port, Versicherung und Montage ein Darlehen in Höhe von 30 000 000,- DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark) erhalten kann.

Es muß sich hierbei um Waren und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Verträge nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens geschlossen worden sind.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags und die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt der zwischen der Banque Algérienne de Développement als Darlehensnehmerin und der Kreditanstalt für Wiederaufbau als Darlehensgeberin zu schließende Darlehensvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Konditionen für das Darlehen sind: 2% Zinsen pro Jahr, 30 Jahre Laufzeit, 10 Freijahre.

(2) Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung der Verbindlichkeiten der Darlehensnehmerin aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrags garantieren.

Artikel 3

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wird von der algerischen Seite von sämtlichen Steuern und sonstigen Abgaben befreit, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Arti-

kel 2 erwähnten Darlehensvertrags in der Demokratischen Volksrepublik Algerien gegebenenfalls zu zahlen wären.

Artikel 4

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien gewährleisten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten im Land-, See- und Luftverkehr.

Die Regierungen treffen keine Maßnahmen, welche die Beteiligung von Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik

Deutschland bzw. in der Demokratischen Volksrepublik Algerien ausschließen oder erschweren, und erteilen gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Unternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt rückwirkend mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft, sobald die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, daß die für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen auf Seiten der Demokratischen Volksrepublik Algerien erfüllt sind.

Geschehen zu Algier, am 8. Dezember 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Rudolf Koppenhöfer

Für die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien
Benouari

Anlage

**zum Abkommen vom 8. Dezember 1991
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien
über Finanzielle Zusammenarbeit (Warenhilfe II)**

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des erwähnten Abkommens aus dem Darlehen finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen,
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
die der Rehabilitation bestehender algerischer Industrieanlagen dienen, insbesondere solcher, die von deutschen Firmen oder unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Firmen errichtet worden sind.
2. Einfuhrgüter und Leistungen, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung ausgeschlossen.

**Bekanntmachung
des deutsch-marokkanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit 1992**

Vom 30. Juli 1993

Das in Rabat am 1. Juli 1993 unterzeichnete Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Marokko über Finan-
zielle Zusammenarbeit 1992 ist

am 1. Juli 1993

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 30. Juli 1993

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Marokko
über Finanzielle Zusammenarbeit 1992**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs Marokko –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich
Marokko,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im
Königreich Marokko beizutragen,

unter Bezugnahme auf die in der Zeit vom 27. bis 29. April 1992
in Rabat geführten deutsch-marokkanischen Regierungsverhand-
lungen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung des Königreichs Marokko oder anderen, von
beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern,
von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am
Main,

a) für die Vorhaben

aa) „Agrarkreditbank CNCA, IX. Kreditlinie“,

bb) „Trockenlandwirtschaft Loukkos, III. Phase“,

Darlehen bis zu insgesamt 30 000 000,- DM (in Worten; drei-
ßig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung
deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist;

b) für die Vorhaben

aa) „Abwasserbeseitigung 4 Städte und 25 ländliche Zen-
tren“,

bb) „Trinkwasserversorgung Youssoufia/Chemaia und anlie-
gende Dörfer“

Finanzierungsbeiträge (nicht rückzahlbar) bis zu insgesamt
25 000 000,- DM (in Worten: fünfundzwanzig Millionen Deut-
sche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung deren Förde-
rungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß sie
als Vorhaben des Umweltschutzes und der sozialen Infra-
struktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung
im Wege eines Finanzierungsbeitrags (nicht rückzahlbar)
erfüllen.

(2) Reprogrammierungen

a) Mittel in Höhe von 5 100 000,- DM (in Worten: fünf Millionen
einhunderttausend Deutsche Mark) aus dem Vorhaben „Mo-
dernisierung der Kohlengruben von Jerada“ (Abkommen vom
24. Oktober 1985 zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko
über Finanzielle Zusammenarbeit) werden zur Finanzierung
des Vorhabens „Wasserkraftwerk Matmata“ verwendet.

b) Mittel in Höhe von 29 400 000,- DM (in Worten: neunundzwanzig Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark) aus dem Vorhaben „Modernisierung der Kohlengruben von Jerada“ (Abkommen vom 24. Oktober 1985 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit) werden zur Finanzierung des Vorhabens „Agrarkreditbank CNCA, IX. Kreditlinie“ verwendet.

(3) Kann bei den in Absatz 1 Buchstabe b Doppelbuchstaben aa und bb bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung des Königreichs Marokko oder anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für diese Vorhaben bis zur Höhe der vorgesehenen Finanzierungsbeiträge (nicht rückzahlbar) Darlehen zu erhalten.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Vorhaben können im Einverständnis zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(5) Werden die in Absatz 1 Buchstabe b Doppelbuchstaben aa) und bb) bezeichneten Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder durch eine selbsthilfeeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsschichten mit niedrigerem Einkommen ersetzt, das bzw. die die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags (nicht rückzahlbar), erfüllen, können Finanzierungsbeiträge (nicht rückzahlbar), anderenfalls Darlehen gewährt werden.

(6) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung des Königreichs Marokko zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge (nicht rückzahlbar) von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen ebenfalls Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen den Empfängern der Darlehen und Finanzierungsbeiträge (nicht rückzahlbar) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträge, die

den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung des Königreichs Marokko, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, garantiert gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung der Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge.

Artikel 3

Die Regierung des Königreichs Marokko übernimmt sämtliche Steuern und Abgaben, die gegebenenfalls von der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Verträge im Königreich Marokko zu entrichten sind, so daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau keinerlei Steuern und sonstige öffentliche Abgaben im Königreich Marokko zu zahlen hat.

Artikel 4

Die Regierung des Königreichs Marokko überläßt bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge (nicht rückzahlbar) ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge (nicht rückzahlbar) ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden, wenn die Angebote in etwa vergleichbar sind.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Rabat am 1. Juli 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Wilfried Hofmann

Für die Regierung des Königreichs Marokko
Mohamed Dairi

**Bekanntmachung
zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife
nach dem Internationalen Übereinkommen
über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL)**

Vom 6. August 1993

Die Ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten, hat am 30. Juli 1993 beschlossen, daß mit Wirkung vom 1. September 1993 die Gebührensätze und Transatlantiktarife neu festgelegt werden.

Der Beschluß wird hiermit nach Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 2. Februar 1984 zu dem Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über die Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (BGBl. 1984 II S. 69) in Verbindung mit § 2 Abs. 2 der FS-Strecken-Gebühren-Verordnung vom 14. April 1984 (BGBl. I S. 629), geändert durch Verordnung vom 10. September 1986 (BGBl. I S. 1524), bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Dezember 1992 (BGBl. II S. 1212).

Bonn, den 6. August 1993

Bundesministerium für Verkehr
Im Auftrag
Dr. Graumann

**Beschluß Nr. 23
zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife
für den am 1. September 1993 beginnenden Erhebungszeitraum**

Die ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten,

gestützt auf das am 12. Februar 1981 in Brüssel geänderte Internationale Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL), insbesondere auf dessen Artikel 5 Absatz 2;

gestützt auf die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981, insbesondere auf deren Artikel 3 Absatz 1 (a) und 2 (e) sowie Artikel 6 Absatz 1 (a),

faßt folgenden Beschluß:

Einziges Artikel

Die in der Anlage zu diesem Beschluß aufgeführten Gebührensätze und Transatlantiktarife werden genehmigt und treten am 1. September 1993 in Kraft.

Geschehen zu Den Haag am 30. Juli 1993

Für den Minister für Verkehr und Wasserwirtschaft,
Präsident der erweiterten Kommission a. i.,
J. P. Pronk

**Gebührensätze (Basissätze)
(ab 1. September 1993)**

	Nationaler Gebührensatz	Verwaltungs- kostensatz	Globaler Gebührensatz
	(1)	(2)	(3) = (1) + (2)
Belgien/Luxemburg	84,92 ECU	} 0,35 ECU	85,27 ECU
Deutschland	70,71 ECU		71,06 ECU
Frankreich	62,09 ECU		62,44 ECU
Vereinigtes Königreich	95,92 ECU		96,27 ECU
Niederlande	57,43 ECU		57,78 ECU
Irland	23,64 ECU		23,99 ECU
Schweiz	70,06 ECU		70,41 ECU
Portugal	42,05 ECU		42,40 ECU
Österreich	57,53 ECU		57,88 ECU
Spanien			
– Kontinentalgebiet	49,21 ECU		49,56 ECU
– Kanarische Inseln	52,51 ECU		52,86 ECU
Portugal – Santa Maria	10,72 ECU		11,07 ECU
Griechenland	26,52 ECU		26,87 ECU
Türkei	30,59 ECU		30,94 ECU
Malta	74,81 ECU		75,16 ECU
Zypern	13,90 ECU	14,25 ECU	
Ungarn	13,83 ECU	14,18 ECU	

Ermäßigter globaler Gebührensatz für Inlandsflüge in der Türkei 20,35 ECU

Angewandter Wechselkurs:

1 ECU = BEF 42,0743	1 ECU = PTE 172,911
= DEM 2,04243	= ATS 14,3758
= FRF 6,89232	= ESP 129,976
= GBP 0,714185	= GRD 250,515
= IEP 0,766221	= TRL 9 519,40
= NLG 2,30310	= MTL 0,411384
= CHF 1,82743	= CYP 0,587855
	= HUF 106,080

**Tarife ab 1. September 1993
für Flüge gemäß Artikel 8 der Anwendungsbedingungen
für Luftfahrzeuge mit dem Gewichtsfaktor eins
(50 metrische Tonnen)**

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
(1)	(2)	(3)
ZONE I		
– zwischen 14° WL und 110° WL und nördlich von 55° NB ausgenommen Island	Frankfurt London Paris Prestwick	1 397,92 942,72 1 225,68 493,87
ZONE II		
– zwischen 40° WL und 110° WL und zwischen 28° NB und 55° NB	Abidjan Amman Amsterdam Athinai Bâle-Mulhouse Banjul Barcelona Belfast Beograd Berlin Birmingham Bordeaux Bristol Bruxelles Budapest Cairo Cardiff Casablanca Dakar Dublin Düsseldorf East Midlands Frankfurt Geneva Glasgow Hamburg Helsinki Istanbul/Atatürk Jeddah Kiev København Köln-Bonn Lagos Lamezia Terme Las Palmas, Gran Canaria Leeds and Bradford Lille Lisboa London Luxembourg Lyon Maastricht Madrid Malaga Manchester Manston Marseille Milano Monrovia Moskva München Nantes	143,36 1 664,52 914,31 1 247,42 934,98 138,93 763,47 209,77 1 517,75 1 018,01 515,60 522,00 510,96 869,63 1 455,60 1 462,31 322,99 347,28 138,82 138,55 1 041,87 571,20 1 128,48 899,61 318,14 1 048,48 549,45 1 538,64 1 601,42 1 069,96 828,16 1 062,49 139,59 1 169,65 485,51 508,63 756,30 396,53 598,11 1 022,87 924,28 956,48 553,38 632,87 465,53 676,88 929,45 1 036,94 138,93 592,99 1 306,93 485,93

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
(1)	(2)	(3)
	Napoli-Capodichino	1 046,43
	Newcastle	490,36
	Nice	936,49
	Oostende	765,35
	Oslo	613,23
	Paris	729,38
	Ponta Delgada, Açores	144,13
	Porto	290,46
	Praha	1 310,97
	Prestwick	318,14
	Riyadh	1 573,82
	Roma	1 073,37
	Sal I., Cabo Verde	138,82
	Santa Maria, Açores	154,21
	Santiago, España	254,07
	Shannon	91,16
	Sofia	1 593,49
	Stockholm	613,23
	Stuttgart	1 146,21
	Tel-Aviv	1 629,46
	Tenerife	445,07
	Torino	1 092,71
	Toulouse-Blagnac	691,66
	Venezia	1 234,44
	Warszawa	940,00
	Wien	1 436,63
	Zürich	1 064,87
ZONE III – westlich von 110° WL und zwischen 28° NB und 55° NB	Amsterdam	1 050,71
	Düsseldorf	1 143,60
	Frankfurt	1 170,22
	Geneva	1 365,28
	Hamburg	762,55
	København	860,65
	London	880,81
	Luxembourg	1 285,18
	Madrid	439,79
	Manchester	699,15
	Milano	1 073,72
	Paris	995,05
	Prestwick	440,92
	Shannon	86,84
	Zürich	1 448,62
ZONE IV – westlich von 40° WL und zwischen 20° NB und 28° NB einschließlich Mexiko	Amsterdam	878,48
	Barcelona	870,78
	Berlin	1 061,02
	Bruxelles	893,75
	Düsseldorf	999,75
	Frankfurt	1 062,46
	Göteborg	736,74
	Hamburg	1 038,13
	Helsinki	543,93
	København	868,99
	Köln-Bonn	1 018,92
	Lisboa	450,06
	London	586,09
	Madrid	638,32
	Manchester	417,84
	Milano	979,69

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,50 DM (6,20 DM zuzüglich 1,30 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
(1)	(2)	(3)
	München	1 189,24
	Oslo	550,66
	Paris	654,50
	Praha	1 243,22
	Roma	1 099,75
	Sal I., Cabo Verde	90,66
	Santa Maria, Açores	155,09
	Shannon	170,81
	Stockholm	606,96
	Wien	1 380,32
	Zürich	988,28
ZONE V – westlich von 40° WL und zwischen Äquator und 20° NB	Amsterdam	1 040,45
	Bâle-Mulhouse	993,30
	Barcelona	905,05
	Bordeaux	710,98
	Düsseldorf	1 155,96
	Frankfurt	1 104,89
	Hamburg	1 175,86
	Helsinki	705,08
	Köln-Bonn	1 082,10
	Las Palmas, Gran Canaria	620,50
	Lisboa	533,51
	London	807,06
	Lyon	946,16
	Madrid	721,36
	Manchester	624,24
	Marseille	1 121,87
	Milano	1 117,18
	München	1 181,28
	Nantes	669,37
	Paris	825,22
	Porto	518,69
	Porto Santo, Madeira	319,70
	Prestwick	393,23
	Roma	1 235,56
	Santa Maria, Açores	202,91
	Santiago, España	522,63
	Shannon	264,32
	Stockholm	1 255,43
	Tenerife	615,22
	Toulouse-Blagnac	669,37
	Zürich	1 095,62